

1204/J XXI.GP

A N F R A G E

der Abgeordneten Haidlmayr, Freundinnen und Freunde

an den Bundesminister für Soziale Sicherheit und Generationen

Betreffend Reparaturen und bedürfnisgerechte Anpassung von Hilfsmittel und Heilbehelfe

In den letzten Jahren ist nicht nur das Angebot an Hilfsmittel und Heilbehelfe erweitert, sondern es sind auch die Preise dieser Produkte drastisch erhöht worden, unabhängig davon, ob es sich um hochwertige bedürfnisgerechte Hilfsmittel und Heilbehelfe handelt oder nicht. Die Versicherungsträger gestalten einerseits, gemeinsam mit den Innungen und Kammern der Anbieter (Bandagisten, Optiker, Akustiker, Apotheker etc.), die Kundenverkaufspreise, andererseits übernehmen die sie aber immer weniger die Finanzierung der Hilfsmittel und Heilbehelfe der Versicherten.

Der Anteil, der von Versicherungsträgern finanzierten Hilfsmittel und Heilbehelfe ist seit Jahren drastisch fallend. Hohe Selbstkostenbeiträge bzw. gänzliche Eigenfinanzierungen sind für behinderte und kranke Menschen die Folge. Viele Betroffene können sich deshalb ihre notwendigen bedürfnisgerechten Hilfsmittel und Heilbehelfe nicht mehr leisten. Betroffene werden wieder gezwungen zu betteln und zu schnorren, um vielleicht irgendwie das Geld zusammenzubringen um sich Hilfsmittel bzw. Heilbehelf selbst zu kaufen.

Daher richten die unterzeichneten Abgeordneten an Sie folgende

A N F R A G E

- 1) Was werden Sie bis wann konkret unternehmen, damit die Finanzierung aller Hilfsmittel und Heilbehelfen durch die Versicherungsträger für alle behinderten und alten Menschen wieder sichergestellt wird?
- 2) Können Sie sich vorstellen, daß für Reparaturen und bedürfnisgerechte Anpassungen ebenfalls die Kosten zur Gänze von den Versicherungsträgern übernommen werden?  
Wenn ja: wann werden Sie diesbezüglich mit den Versicherungsträgern Kontakt aufnehmen?  
Wenn nein: warum nicht?
- 3) Werden Sie sich dafür einsetzen, daß bis zur gänzlichen Finanzierung aller Hilfsmittel und Heilbehelfe die betroffenen behinderten und alten Menschen zumindest in der Höhe des jeweiligen Eigenleistungs - bzw. Selbstkostenbeitrages von der MwSt. befreit werden?  
Wenn ja: bis wann werden entsprechende Grundlagen dem Parlament vorgelegt?  
Wenn nein: warum nicht?